

19.11

**Bundesrätin Monika Mühlwerth** (FPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Wenn ich Kollegen Schennach zuhöre, dass das alles so wunderbar ist, dann frage ich mich aber, wieso in den Medien steht, dass sich Millionen Afrikaner bereit machen, um nach Europa zu kommen. Tatsache ist, dass dort immer noch genug im Argen liegt.

Jetzt lasse ich einmal Afrikaner selbst sprechen. Da sagt der kenianische Ökonom James Shikwati: „Wer Afrika wirklich helfen will, darf das nicht mit Geld tun.“

Der ugandische Journalist Andrew Mwenda sagt: „Der Grund für die anhaltende Armut“ – in seinem Land – „ist die Entwicklungshilfe selbst.“

Johannes Michael Nebe von der Uni Trier sagt: „In den letzten Jahrzehnten hat sich eine (...) Entwicklungshilfe-Industrie herausgebildet. Die Geldgeschenke in Milliardenhöhe haben neue Abhängigkeiten geschaffen und (...) sehen nicht zuletzt den eigenen Nutzen“ – für diese Organisationen – „in der Hilfe.“ (*Bundesrat **Schennach**: Wir sind nicht die USA!*) International ... (*Bundesrat **Schennach**: USA!*) – Nicht nur. Er sagt weiter, dass die Entwicklungshilfe weniger ein Segen als vielmehr ein Schaden ist.

Wir haben ja schon einmal darüber gesprochen, und da habe ich auch eine kenianische Ökonomin zu Wort kommen lassen, die gesagt hat, dass es nicht sein kann, dass ihr Land nicht in der Lage ist, für Bildung, Sicherheit und Gesundheit selbst zu sorgen, sondern sich von Entwicklungshilfe abhängig macht.

Wir haben in den letzten 50 Jahren, in denen Milliarden vor allem nach Afrika geflossen sind, gesehen, dass das Geld vor allem bei den Machthabern gelandet ist und **nicht** bei der Bevölkerung, um die es geht und die es eigentlich bräuchte. Die Kritik ist, dass die Länder dann eben verwöhnt werden und verlernt haben, sich selbst zu helfen.

Wir sind uns ja – das habe ich auch im Ausschuss gesagt, und davon gehe ich einmal aus – über die Parteigrenzen hinweg einig, dass es wichtig ist, dass die Leute in ihren Herkunftsländern eine Perspektive und ein Auskommen haben und sich dort einigermaßen wohlfühlen und dass der Staat auch die grundlegenden Aufgaben, die ein Staat zu leisten hat, eben erfüllen können soll.

Natürlich gibt es Ausnahmen, das wissen wir schon. Ich weiß auch, dass es schon lange gewisse Frauenprojekte gibt. Ich glaube, es war Ghana, das damals begonnen hat, die Sheabutter zu verkaufen, die dann eine große Naturkosmetikfirma – ich sage jetzt den Namen bewusst nicht – gekauft hat. Das gibt es natürlich auch, und das ist ja auch unterstützenswert. Sambia und Malawi haben als zwei der ersten Staaten

ationale Rechnungshöfe gegründet, um die Korruption bekämpfen zu können, die es aber natürlich trotzdem noch gibt. Das ist ja alles einstweilen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein beziehungsweise ein Anfang.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass natürlich die ehemaligen Kolonialmächte nach wie vor ihre Finger drinnen haben und an den Bodenschätzen beteiligt sind, indem sie sich mit den Machthabern – man sagt auf Wienerisch – auf ein Packl gehaut haben und davon profitieren. Die Präsidenten haben sich die Taschen nicht nur mit Millionen, sondern zum Teil auch mit Milliarden vollgestopft. Dann sind noch die USA, Russland und vor allem China dazugekommen.

Wir werden diesen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen, weil unserer Meinung nach mit den alten Instrumenten versucht wird, eine Fortsetzung zu machen. Wir halten aber die Art, wie Entwicklungshilfe jetzt stattfindet, für falsch und nicht zielführend. Es müsste viel mehr private Investitionen geben. Deutschland hat da schon einmal einen Fuß drinnen, Deutschland fördert wirklich Unternehmensgründungen, auch in Kooperation. Ich denke, das kann etwas bringen. Kooperationen mit der Bevölkerung und die zeitliche Begrenzung von Förderungen werden wahrscheinlich wichtige Aspekte sein.

Dass es bei Hungerkatastrophen oder sonstigen Katastrophen einer Soforthilfe bedarf, steht außer Streit. Das sehe ich auch so. Mein ältester Sohn war ein Jahr freiwillig beim Bundesheer. Als er noch keine drei Monate beim Bundesheer war, war diese Unwetterkatastrophe in Mosambik. Mein Sohn kam nach Hause und hat gesagt: Ich möchte nur sagen, ich bin jetzt die nächsten neun Wochen nicht da, weil ich in Mosambik bin. – Er war bei der ABC-Abwehr und hat dort bei der Wasseraufbereitung mitgeholfen. Das ist ja alles in Ordnung.

Trotzdem gibt es auch da Kritik, und ich lasse dazu noch einmal Johannes Michael Nebe – aus einem Interview auf „n-tv“ – zu Wort kommen, der sagt, dass Großbanken Spekulationsgewinne mit den Rohstoffen machen. Er wird gefragt, ob man bei Hungerkatastrophen sofort helfen soll. Er sagt ja, dann fragt der Journalist: „Gibt es ein Aber?“

Er sagt: „Leider ja, denn Hungerkatastrophen sind auch immer ein Geschäft (...). Insbesondere, wenn man allein an die Spekulationsgewinne von Großbanken mit Rohstoffen als neue Geldquelle denkt. Seit etwa zehn Jahren locken sie Anleger mit hunderten Milliarden Dollar, auf steigende Preise dieser Waren zu wetten. Die Folge: Mais, Weizen und Soja sind so teuer wie nie zuvor (...). Für die etwa eine Milliarde unterernährten Menschen in den Entwicklungsländern, die den größten Teil ihrer Einkünfte für die Ernährung verwenden müssen, bedeutet dies oft Krankheit und Tod.“

Allein 2010“ – das Interview ist schon länger her – „stiegen die Nahrungspreise um mehr als ein Drittel. Bis zu 40 Millionen Menschen sollen durch die Spekulationsgewinne der Banken zusätzlich in absolute Armut gestürzt worden sein.“  
(**Bundesrat Schennach**: *Das hat nur nichts mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun! Das ist Katastrophenhilfe!*)

Das zeigt aber, dass sich – und das wollen die ja aufzeigen – Industrien ausgebildet haben, die nicht zum Wohle des Landes und nicht zum Wohle der Menschen sind, und um die geht es uns ja angeblich. (**Bundesrat Schennach**: *Katastrophenhilfe, ja, das ist problematisch! Das ist aber nicht die Entwicklungszusammenarbeit!*)

Das heißt: Wir plädieren für Hilfe zur Selbsthilfe und dafür, nicht nach alten Rezepten weiterzumachen. Da sich in dem Bericht aber keine neuen Ansätze finden, werden wir ihn nicht zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf des Bundesrates Schennach.*)

19.18

**Präsident Josef Saller**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Bitte, Frau Bundesrätin Dr. Dziedzic.